



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Kreise und kreisfreie Städte in
Nordrhein-Westfalen
- laut Verteiler -

Städtetag NRW
Landkreistag NRW
Städte – und Gemeindebund NRW

Datum: 1. Februar 2018
Seite 1 von 2

Aktenzeichen VI 5 - 5172
bei Antwort bitte angeben

RD Dr. Dirk Kassen
Telefon 0211 855-855-3402
Telefax 0211 855-
dirk.kassen@mags.nrw.de

Modellkommunen nach §§ 123 f. SGB XI

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bekannt ist, hat der Bundesgesetzgeber in den §§ 123 und 124 SGB XI die Möglichkeit eröffnet, Kreisen und kreisfreien Städten im Rahmen eines Modellvorhabens die Aufgabe der umfassenden Pflegeberatung nach § 7a SGB XI zu übertragen.

Das vormalige Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter hatte sich mit Ihnen bereits in einer Veranstaltung am 26.04.2017 darüber ausgetauscht. Einige von Ihnen hatten ein erstes Interesse an der Durchführung eines solchen Vorhabens „Modellkommune Pflegeberatung“ gezeigt.

Ich danke Ihnen für dieses Interesse.

Jedoch muss ich Ihnen mitteilen, dass wir uns nach einer intensiven Prüfung der Möglichkeiten eines solchen Modellvorhabens und nach Abschluss des internen Willenbildungsprozesses dazu entschieden haben, diesen Weg der Modellkommunen nicht weiter zu verfolgen.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Fürstenwall 25,
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 855-5
Telefax 0211 855-3683
poststelle@mags.nrw.de
www.mags.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linie 709
Haltestelle: Stadttor
Rheinbahn Linien 708, 732
Haltestelle: Polizeipräsidium

Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Tatsache, dass wir in Nordrhein-Westfalen keinen Mangel an Beratungsstellen haben, sondern die Probleme in der Pflegeberatung nach unserer Auffassung im Wesentlichen in der Qualität, der Angebotstransparenz und der Erreichbarkeit der Angebote liegen.

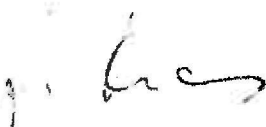
— Eine Beratung aus einer Hand, mithin also zunächst nur eine Veränderung in der Trägerschaft, würde alleine nicht zu einer Lösung dieser Probleme führen. Diese Auffassung scheint auch in den meisten anderen Bundesländern geteilt zu werden, die nach unserer Kenntnis ebenfalls von der Einrichtung von Modellkommunen absehen werden.

— Wir halten es stattdessen für sinnvoller, einmal grundsätzlich mit Ihnen, den Pflegekassen und den pflegepolitischen Verbänden darüber zu sprechen, wie die bereits bestehenden Beratungsangebote noch verbessert werden können.

Wir werden dazu demnächst entsprechende Gespräche anbieten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Gerhard Herrmann